



Vorlage KuSA_32/2016
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 14.11.2016

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

Dieses Mal geht es vor allem um einen Bericht über das diesjährige

I. Demografieforum des Landkreises Ludwigsburg am 20. Oktober 2016 zum Thema „Grüne Freiräume im Ballungsraum“

Mit einer Veranstaltung zum Thema „Grüne Freiräume im Ballungsraum“ hat der Landkreis kürzlich die Reihe seiner Demografieforen fortgesetzt. Zu Gast waren Dr. Elsa Nickel, Abteilungsdirektorin im Bundesumweltministerium, Wilfried Hajek, Baubürgermeister in Heilbronn, Landschaftsarchitekt Peter Geitz aus Stuttgart sowie Prof. Dr. Wolfgang Ernst, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen (HVF) in Ludwigsburg. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Kreisrat und früheren Ludwigsburger Baubürgermeister Hans Schmid, der aktuell Geschäftsführer einer Projektentwicklungs-Gesellschaft ist. Gut 80 Besucher kamen ins Kreishaus, um die Impulsvorträge der Referenten zu hören und sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Fachleute waren sich einig, dass der Spagat zwischen einer verdichteten Innenentwicklung aufgrund steigender Einwohnerzahlen einerseits und der Schaffung sowie Erhaltung von Naherholungsflächen und Grünräumen andererseits immer schwieriger wird. Eine Dokumentation des Demografieforums wird von Studierenden der HVF unter Federführung von Prof. Dr. Helmut Hopp erstellt.

Der Landkreis Ludwigsburg beschäftigt sich seit Jahren mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Beim nunmehr 7. Demografieforum ging es um die Bedeutung von Naherholung und Landschaftsschutz für eine älter werdende Gesellschaft in hoch verdichteten Gebieten. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, welche Entwicklung politisch gewollt ist und welche Möglichkeiten sich für Stadt- und Landschaftsplaner bieten, diese Ideen umzusetzen.

Landrat Dr. Rainer Haas zeigte in seiner Begrüßung auf, wie stark der Landkreis Ludwigsburg in den letzten Jahren entgegen aller Prognosen gewachsen ist, von 484.000 Einwohnern im Jahr 1996

auf aktuell mehr als 534.000, Tendenz steigend. Bei dieser hohen Bevölkerungsdichte seien auch die Erholungsräume ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität. Er bekräftigte, dass man verantwortungsvoller mit den Flächen umgehen müsse, um einen attraktiven Landkreis zu erhalten. Grüne Freiräume und deren verkehrliche Anbindung werden dabei in der Zukunft an Bedeutung gewinnen. Der Landrat appellierte, dass Entwicklungsmöglichkeiten intelligent gestaltet und vor der Umsetzung von Projekten Kriterien erstellt werden müssten, um herauszufinden, an welcher Stelle eine Innenverdichtung sinnvoll wäre. Dabei erwähnte er drei Punkte, die für die Verwaltung wichtig seien: 1. Der sorgfältige Umgang mit Freiflächen. 2. Die mögliche Gestaltung von Flächen und ihre öffentliche Wahrnehmung sowie Einbindung in den Bestand und 3. Die Verkehrsanbindung dieser Flächen. Mit dem diesjährigen Demografieforum wurde an das Thema „Raumplanung und Flächennutzung“ vor zwei Jahren angeknüpft.

Dr. Elsa Nickel, Leiterin der Abteilung Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung beim Bundesumweltministerium, wies darauf hin, dass zeitgleich die UN-Siedlungskonferenz in Quito/Ecuador zu Ende gegangen sei, bei der Richtlinien für eine nachhaltige Entwicklung von Städten erarbeitet wurden. Sie selbst stellte Initiativen der Bundesregierung für mehr urbanes Grün und Stadtnatur vor. In ihrem Impulsvortrag wies Nickel eingangs darauf hin, dass die Städte und Gemeinden die entscheidenden Akteure seien, um diese Richtlinien umzusetzen, und verwies auf eine Studie des Bundesumweltministeriums. Diese ergab, dass mehr als 90 Prozent der Bürger finden, dass Natur in Städten allen Menschen zugänglich sein sollte. Gerade einkommensschwächere Personen, die nicht individuell weite Strecken zurücklegen können, um „ins Grüne“ zu gelangen, halten eine gute Zugänglichkeit der Stadtnatur für notwendig. Nickel konkludierte, dass der Zugang zum Stadtgrün damit auch zu einem Aspekt der sozialen und gesellschaftlichen Gerechtigkeit werde. Dabei sei hervorzuheben, dass Natur und Landschaft auch einen ökonomischen Wert hätten und durch eine Verbesserung der Luftqualität, des Lärmschutzes und des Stadtklimas zu den weichen Standortfaktoren zählten. Sie verwies auf das „Grünbuch Stadtgrün“ des Bundesumweltministeriums sowie auf das Projekt „Naturkapital Deutschland“, die den Kommunen konkrete Handlungsempfehlungen für mehr urbane Grünräume geben. Hierbei gehe es auch um die Vernetzung von Grünräumen und deren generationenübergreifende Gestaltung.

Baubürgermeister Wilfried Hajek aus Heilbronn nahm sich des scheinbaren Widerspruchs zwischen Freiraum und Verdichtung an. Er verwies darauf, dass Heilbronn im Zweiten Weltkrieg schwer zerstört wurde. Diese Zerstörung sei der Grund für viele Grünräume in der Stadt: Die Pflanzen waren das Erste, was in den Nachkriegsjahren wieder wuchs. Fast die gesamte Fläche Heilbronns sei heute belegt. Daher könne man Revitalisierung nur durch eine verstärkte Innenentwicklung erreichen. Dies belegte Hajek anhand zahlreicher Projektbeispiele aus Heilbronns jüngster Entwicklung. Auch ging er auf die Bedeutung der Stadtbahn ein, die ein wichtiges verkehrspolitisches Instrument sei, nachdem der Bau weiterer Straßen aufgrund mangelnder Flächenreserven nicht möglich sei.

Peter Geitz, Landschaftsarchitekt mit eigenem Büro in Stuttgart-Möhringen, stellte konkrete Grünflächenprojekte in der Region Stuttgart vor. Hinsichtlich des demografischen Wandels wies er darauf hin, dass Senioren heutzutage andere Ansprüche an ihr Umfeld hätten als früher: Es gehe um Lebensqualität, Erholung, sportliche Betätigung und gute Infrastruktur. Hierzu zählten auch höhere Ansprüche an die Naturräume, beispielsweise ein bequemer und schneller Zugang sowie eine attraktive Gestaltung mit Einkehrmöglichkeiten. Ein besonderes Augenmerk legt das Büro Geitz auf die Gestaltung von Gewässern – diese würden vielfältige Funktionen erfüllen und sollten allen Generationen zugänglich sein. Auch Geitz brachte zahlreiche Beispiele für die Umgestaltung solcher Grünräume. Er betonte, dass gerade die Verknüpfung der Flächen ausschlaggebend dafür sei, wie sie von der Bevölkerung angenommen würden, und verwies ebenfalls auf die Bedeutung von Erholungsräumen für die städtische Lebensqualität.

Zum Abschluss der Impulsreferate beleuchtete Prof. Dr. Wolfgang Ernst, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, in einem Exkurs die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Ausbildung und Arbeitsfeld der Verwaltung. Er stellte die jüngsten Prognosen zur Einwohnerentwicklung vor, wonach der Landkreis Ludwigsburg in den nächsten Jahren zunächst weiter stark wachse und erst etwa 2060 nach einem Rückgang wieder den Wert von heute erreiche. Die weiteren „demografischen Fakten“ resümierte er mit den Worten: „Wir werden älter und bunter“, womit gemeint ist, dass das Durchschnittsalter weiter ansteige, der Anteil ausländischer Bevölkerung zunehme und die niedrige Geburtenrate dazu führe, dass mehr Personen in Rente gehen als in das Schulsystem nachrücken. Dies habe einen Mangel an Fachkräften zur Folge – die Konkurrenz der Arbeitgeber um die besten Mitarbeiter nehme zu. Hier heiße es, sich in Bezug auf Aufstiegsmöglichkeiten, finanzielle Anreize, Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker zu positionieren. Nicht zuletzt, so Ernst, seien Systeme notwendig, um dem drohenden Wissensverlust durch das altersbedingte Ausscheiden vieler Mitarbeiter zu begegnen, beispielsweise durch die Erfassung von Arbeitsprozessen und Informationen. Auch die HVF Ludwigsburg trage diesen geänderten Anforderungen Rechnung, etwa durch neue Studienvertiefungsschwerpunkte.

In der abschließenden Bürgerdiskussion, die sich an die Impulsreferate anschloss, gab es einige fachkundige Wortmeldungen. Unter anderem ging es um die Schwierigkeit, zusätzliche Siedlungsflächen bei gleichzeitiger Eindämmung des Flächenverbrauchs zu entwickeln. Außerdem wurde nach Möglichkeiten gefragt, neue Grünräume zu schaffen und diese interdisziplinär zu nutzen. Ferner wurde diskutiert, ob erlebbare Grünräume auch in Natur- und Landschaftsschutzgebieten gestaltet werden können. Darüber hinaus kamen die Interessen der Grundbesitzer, der Umgang mit Ausgleichsflächen und die multifunktionale Nutzung von städtischen Grünräumen zur Sprache.

Die Kreisverwaltung möchte den begonnenen Weg in jedem Fall weitergehen und auch in Zukunft in loser Folge Demografieforen zu relevanten Themenbereichen veranstalten.

II. Europakongress des CEMR von 20.-22. April 2016 in Nicosia, Zypern

An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass der bedeutendste Europa-Termin des Kultur- und Schulausschusses in diesem Jahr die Teilnahme am 26. Europakongress des europäischen Rats der Gemeinden und Regionen (RGRE; englisch: Council of European Municipalities and Regions, kurz: CEMR) in Nicosia, Zypern, im April war. Dieser stand unter dem Motto „Die Zukunft startet heute! Eine kommunale und regionale Vision für Europa im Jahr 2030“ und bot für die teilnehmenden Kommunalpolitiker aus ganz Europa die Möglichkeit, eine Diskussion über das Europa von morgen aus kommunaler Sicht zu führen.

Landrat Dr. Rainer Haas hatte als Vizepräsident der deutschen RGRE-Sektion in Vertretung des Präsidenten mit einer zwölköpfigen Delegation des Kreistags an der Veranstaltung teilgenommen. Er brachte im europäischen RGRE-Hauptausschuss die deutsche Position im Bereich „Flüchtlinge und Asyl“ vor und präsentierte dieses Thema auch in der Eröffnungs-Plenarsitzung vor rund 500 Delegierten aus ganz Europa. Außerdem leistete er – neben Referenten aus Großbritannien, Spanien, den Niederlanden sowie dem Leiter des Europaparlament-Informationsbüros in Zypern – einen Redebeitrag in dem Workshop „Welchen Platz haben die Kommunalverwaltungen in der zukünftigen Architektur Europas?“ zur Bedeutung der kommunalen Ebene im Verwaltungsaufbau.

Der große Erfolg der Konferenz war die einstimmige Verabschiedung eines gemeinsamen Forderungskatalogs an das Europaparlament und die EU-Kommission zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Asylrechts, das einen Kompromiss aller EU-Staaten darstellt und die gleichmäßige

Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder vorsieht. Landrat Dr. Haas bezeichnete die Sitzung aus diesem Grund sogar als eine der wichtigsten RGRE-Sitzungen, an denen er je teilgenommen hat. Diese gemeinsame Forderung, die ganz maßgeblich auf Initiative der deutschen Sektion zustande gekommen ist, war vor allem deshalb ein wichtiger Schritt, weil in Europa bisher sehr unterschiedliche Meinungen und Positionen zur Flüchtlingssituation und zum Asylrecht herrschen. Dass sich die Kommunalvertreter aus allen europäischen Ländern einstimmig – bei einigen Enthaltungen – für eine gemeinsame Asylpolitik ausgesprochen haben, war daher ein bedeutendes Signal.

III. Europäische Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Generell gibt es zu europäischen Themen im Moment wenig Konkretes und noch weniger Positives zu berichten. Die EU gibt derzeit an „vielen Fronten“ ein zerrissenes Bild ab, der Zustand Europas sollte besser sein.

Der voraussichtliche Austritt Großbritanniens zeigt, dass nicht mehr alle Mitglieder der Europäischen Union an den Erfolg dieses Wohlstands- und Friedensprojektes glauben. Die Flüchtlingskrise führt vor Augen, wie wenig sich die europäischen Staaten auf eine gemeinsame Linie einigen können und jenseits nationaler Interessen bereit sind, an einer einheitlichen europäischen Lösung zu arbeiten. Hinzu kommt die Finanz- und Wirtschaftskrise. Dieses Bild der Unentschlossenheit ist inzwischen allgegenwärtig – und lähmt in gewisser Weise auch die Handlungsfähigkeit aller Ebenen. Der Rückhalt für Europa sinkt und populistische sowie nationalistische Tendenzen gewinnen an Zuspruch. Auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte müssen wir alles tun, dass diese Negativentwicklung nicht weiteren Raum einnimmt. In Deutschland haben wir dazu eine Verpflichtung.

Zum aktuellen Stand der Verhandlungen um die transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP:

TTIP

Ein Abschluss von TTIP scheint in die Ferne zu rücken, so er denn nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl im November überhaupt noch auf der Agenda steht. Mitte Oktober wurde die 15. Verhandlungsrunde zu TTIP abgeschlossen. Es habe dort gute Fortschritte im Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit und der Standards gegeben, so die Vertreter beider Seiten. Es ging dabei vor allem um den Abbau technischer Hürden in verschiedenen Produktionsbereichen. Da die Positionen zu Fragen des Zugangs zur öffentlichen Vergabe noch weit auseinander lägen, habe man sich auf Themen konzentriert, bei denen bereits weitgehende Übereinstimmung besteht. Beide Seiten wollen bis zum Abschluss der Präsidentschaftswahlen in den USA möglichst viele Fortschritte erzielen. Der aktuelle Sachstand ist jedoch nach wie vor, dass man in wichtigen Fragen wie den Verbraucherschutzstandards und der öffentlichen Vergabe sowie den Schiedsgerichten noch weit auseinander liegt.

CETA

Was das Freihandelsabkommen zwischen Europa und Kanada, CETA, betrifft, ist unklar, ob eine Ratifizierung noch möglich wird. Ursprünglich lag das Abkommen nun den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vor und sollte eigentlich Ende Oktober für eine vorläufige Anwendung unterzeichnet werden. Nachdem einige Mitgliedstaaten (darunter auch Deutschland) gefordert hatten, dass CETA von der EU als gemischtes Abkommen gewertet und damit auch für die EU-Staaten relevant sei, erhielten diese das Abkommen vorab zur Zustimmung – betroffen sind 50 nationale

und regionale Parlamente. Die Entscheidung des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, dieser Forderung nachzugeben, wurde einerseits begrüßt, andererseits auch kritisch betrachtet. Resultat daraus war, dass die Wallonie, eine Region Belgiens, nun die Zustimmung zu dem Freihandelsabkommen verweigert, weswegen eine Ratifizierung nicht möglich ist. Ob sich noch eine Lösung finden lässt, war zum Abgabeschluss der Sitzungsvorlage (27.10.2016) nicht klar. Die Regierungen jedenfalls halten CETA für das fortschrittlichste und beste Abkommen, das Europa je ausgehandelt hat.

In einer Aussprache Mitte Oktober im Europäischen Parlament äußerten verschiedene Abgeordnete Bedenken zu CETA und dem bisherigen Wortlaut der gemeinsamen Auslegungserklärung. Sie forderten Nachbesserungen in der Deklaration, insbesondere auch zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen. Der Vertreter der EU-Kommission stellte klar, dass der Entwurf noch nicht fertig sei. Er bekräftigte, dass CETA nicht in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten bezüglich der öffentlichen Dienstleistungen eingreife. So wie die unterschiedliche Handhabung innerhalb der EU respektiert werde, so werde dies auch im Verhältnis zu Kanada im Rahmen von CETA gelten.

Zur gleichen Zeit lehnte das Bundesverfassungsgericht die Eilanträge gegen die Zustimmung der Bundesregierung zu CETA ab. Damit scheint eine Zustimmung der Bundesregierung zur vorläufigen Anwendung von CETA als sicher. Je nach Ausgang des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedstaaten war die Abstimmung über CETA im Ausschuss für internationalen Handel auf Anfang Dezember festgesetzt. Eine Abstimmung im Plenum des Europaparlaments könnte dann im Dezember 2016 bzw. Januar 2017 erfolgen.

Trotz oder vielmehr gerade wegen dieses zerrissenen Bildes, das Europa derzeit in vielen Themenbereichen abgibt, ist es von großer Bedeutung, sich gerade auf der lokalen Ebene für ein positiveres Image Europas in der öffentlichen Wahrnehmung einzusetzen. Hierbei haben die Städte, Gemeinden und Landkreise eine entscheidende Rolle. Wir alle müssen wieder mehr an die Vorzüge Europas, die für viele bereits normal geworden sind, erinnern, und uns dafür einsetzen, dass populistische Tendenzen nicht weiter zunehmen.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme